



NOHALTEGKEETSROT

Antwort auf Covid19: Stärkung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Resilienz

Einleitende Anmerkung

Nach Ansicht des Nachhaltigkeitsrates muss Resilienz als die Fähigkeit angesehen werden, Grenzen eines Systems in Frage zu stellen, wie eine Bewertung als Antwort oder Reaktion auf einen Schock. Resilienz stellt so auch eine Opportunität dar, Veränderungen in Betracht zu ziehen und Verbesserungen anzustreben.

Einleitung

Der Verwaltungsrat des EEAC -Netzwerks¹ - dem der Luxemburger Nachhaltigkeitsrat (Conseil Supérieur pour un Développement Durable) angehört – hat sich vor Kurzem über die Folgen der Covid19-Pandemie auf Nachhaltigkeits- und Umweltprogramme ausgetauscht. Unter den 17 Mitgliedsgruppen des EEAC besteht Einigkeit darüber, dass diese Pandemie die Notwendigkeit verstärkt, die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen als globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung aktiv voran zu treiben

Die Covid19-Pandemie und ihre Folgen

Es dauerte nur wenige Wochen, bis die Pandemie die Welt heimsuchte. Nach dem ersten bekannten Fall von Covid19 verbreitete sich das Virus schnell von einem Land zum anderen. Frühwarnsysteme funktionierten nicht ausreichend und die Gesundheitssysteme vieler Länder waren unzureichend auf den Zustrom von Patienten vorbereitet. In Luxemburg konnte das Gesundheitssystem die medizinische Versorgung an die Krisenzeit anpassen.

Bisher sind jedoch die Auswirkungen der Covid19-Pandemie auf die öffentliche Gesundheit, das tägliche Leben, das allgemeine Wohlbefinden und die Wirtschaft bereits erheblich. Die Auswirkungen dürften nachhaltig und weitgreifend sein, und es bleibt weitgehend ungewiss, wie und wann das Virus unter Kontrolle sein wird.

Die Länder haben schnell reagiert, "nicht wesentliche" Unternehmen geschlossen und ihren Bürgern angeordnet das Reisen erheblich einzuschränken, und in einigen Fällen verboten, ihre Häuser zu verlassen. In einigen Ländern ist die Arbeitslosenquote bereits beeindruckend, und Millionen von Menschen und Familien verlieren ihr Einkommen und

¹ Die EEAC ist ein Netzwerk, das 17 Beratungsgremien aus 13 europäischen Ländern und Regionen zu Klimawandel, Umwelt und nachhaltiger Entwicklung zusammenbringt.

ihren Lebensunterhalt. Zu den sozioökonomischen Folgen zählen Einkommensverlust, Verlust von Arbeitsplätzen, Arbeitslosigkeit, erhöhte Gesundheitskosten und erhöhte Verschuldung sowie zahlreiche sozio-psychologische Probleme, die mit den drastischen Schutzmaßnahmen einhergehen. Die Krise unterstreicht die wachsenden Ungleichheiten und Spannungen in unseren Gemeinschaften und Gesellschaften, sowohl lokal als auch global.

Die Covid19-Epidemie sollte als Warnung an die Menschheit verstanden werden.

Die Covid19-Epidemie ist nicht nur eine Pandemie, die eine Krise der Gesundheitssysteme verursacht. So ist die Etymologie des Wortes "Krise" interessant, denn sie führt uns zur doppelten Bedeutung des Begriffs. Erstens bedeutet crisis im mittelalterlichen Latein gewalttätige, brutale Manifestation einer Krankheit. Gehen wir noch weiter zurück, finden wir das griechische Wort krisis, was Urteil, Entscheidung bedeutet. Mit anderen Worten: Die Krise bezieht sich sowohl auf die Idee des Schmerzes als auch der Chance, oder genauer gesagt, auf einen Moment der Opportunität, der in Schmerzen erlebt wird.

Es ist eine vielschichtige Krise : Krise des Verlustes der Integrität der Biosphäre und des Klimas, Krise der menschlichen Gesundheit, der mangelnden Vorbereitung, der sozialen Ungleichheiten, Krise des gegenwärtigen Globalisierungsmodells und des globalen Wirtschaftssystems ohne angemessene Strategien und Mittel, um eine nachhaltige und gerechte Zukunft aufzubauen. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert, dass die Krise die schlimmste Rezession seit der Großen Depression auslösen wird.

Ähnliche und noch größere Herausforderungen könnten sich in den kommenden Jahren ergeben. Wir wissen, dass der Klimawandel bereits zur Ausbreitung von Krankheiten beiträgt und dass Umweltzerstörung andere Krisen verursachen wird.

Empfehlungen, um auf die Covid19-Krise und ihren Folgen zu reagieren und aus ihnen zu lernen

Die Krise bedeutet auch eine Chance, wenn wir sie denn als solche zu nutzen wissen. Die Covid19-Pandemie und ihre Folgen werden sehr wahrscheinlich zu Anpassungen und Veränderungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Werte, Regeln und Systeme führen. Wir fordern die Regierungen auf, Experten aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen zu konsultieren und ihre Ansichten zu berücksichtigen, sich auf die **Stärkung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Widerstandsfähigkeit zu konzentrieren** und einen gerechten Übergang zu einer nachhaltigen und inklusiven Wirtschaft und Gesellschaft zu gewährleisten, in der niemand zurückgelassen wird.

Nach den ersten unerlässlichen Notstandsmaßnahmen ist es jetzt an der Zeit, die wichtigen Änderungen des Europäischen Grünen Deals und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, voranzutreiben. Auf europäischer Ebene fordert der Nachhaltigkeitsrat (CSDD) zusammen mit 16 anderen europäischen beratenden Gremien der EEAC die europäischen Regierungen und europäischen Institutionen auf, den **Rahmen eines verstärkten Europäischen Grünen Deals als Ausweg aus der Covid19-Krise und ihren Folgen zu nutzen**. In Luxemburg muss der von der Regierung im Dezember 2019 als Hauptinstrument für die Umsetzung der Agenda 2030 verabschiedete Nationale Plan für Nachhaltige Entwicklung ein Referenzrahmen bleiben.



Mittels 10 Prioritäten befasst sich dieser Plan mit den Herausforderungen Luxemburgs im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung. <https://environnement.public.lu/dam-assets/documents/developpement-durable/PNDD.pdf#page=4>

Um einen transversalen und ganzheitlichen Ansatz für die Krisenbewältigung zu gewährleisten, ist **die politische Kohärenz zwischen dem Grünen Pakt für Europa und anderen EU-Politiken von wesentlicher Bedeutung.**

So ist, zum Beispiel, eine Kohärenz zwischen der künftigen „Farm-to-Fork“ Strategie, der Biodiversitätsstrategie und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Wir fordern die Europäische Kommission daher dringend auf, die zusätzliche Zeit zu nutzen, die durch die Verschiebung des Starts der beiden Strategien entsteht, um die Kohärenz der Politik für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung zu gewährleisten.

Die Covid19-Krise muss auch als Signal für den Stellenwert des **Klimaschutzes und der Vorbereitung auf und der Anpassung an seine Auswirkungen** gewertet werden.

Die Covid19-Pandemie zeigt deutlich unsere gegenseitige Abhängigkeit und unsere enge Verbindung mit der Natur.

Wir fordern daher ein kontinuierliches Engagement zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen, um den Anstieg der globalen Temperatur einzudämmen und Anpassungsstrategien weiterzuentwickeln. Der Nachhaltigkeitsrat fordert die Regierung auf, in Luxemburg eine wirksame Klimaschutzpolitik umzusetzen, insbesondere durch den **Nationalen Energie- und Klimaplan**. <https://environnement.public.lu/dam-assets/actualites/2020/02/Entwurf-des-integrierten-nationalen-Energie-und-Klimaplan-fur-Luxemburg-Version-200207.pdf> (die finale Version ist in Vorbereitung)

Es gibt zunehmend wissenschaftliche Beweise dafür, dass der Verlust der biologischen Vielfalt und der Klimawandel, ausgelöst durch menschliche Aktivitäten, Menschen und Tiere näher zusammengebracht hat, was ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung und Verbreitung von Viren ist. **Die Verbesserung des Naturschutzes ist entscheidend, um sichere Räume für die biologische Vielfalt und die Menschen zu schaffen.** Angesichts dieser Ergebnisse fordern wir eine ehrgeizige EU-Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt.

Wertschöpfungsketten könnten sich nach der Covid19-Krise ändern. Kürzere Wertschöpfungs- und Produktionsketten können attraktiver werden, was vermehrt zu lokalen / regionalen Strukturen führt. Dies könnte Möglichkeiten für **widerstandsfähigere, umweltfreundlichere und ressourcenschonendere Produktionsweisen** schaffen, wie beispielsweise die Kreislaufwirtschaft und der Bioökonomie. Diese Trends müssen genutzt werden, um die Ambitionen europäischer und nationaler Aktionspläne oder Strategien für die Kreislaufwirtschaft zu verwirklichen.

Aufgrund der Bedeutung der oben beschriebenen Herausforderungen ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass die Regierungen Forderungen Widerstand leisten, Umweltstandards zu schwächen oder Umwelt- und Klimaschutzinitiativen zu verzögern, dies als Reaktion auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise. Im Gegenteil, die Krise macht es dringender denn je sicherzustellen, dass aktuelle Investitionen zukunftssicher im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind.



Die europäische und nationale Umweltpolitik sollte als Instrument angesehen werden, um die Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft zum Wohle der Menschen und der Gesellschaft zu lenken und die Wirtschaft selbst widerstandsfähig und belastbar für die Zukunft zu machen. Unternehmen brauchen eindeutig staatliche Unterstützung, ebenso wie die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft, um das Tempo für nachhaltige Wirtschaftspraktiken zu beschleunigen.

Gleichzeitig fordert der Rat das Engagement aller Akteure unserer Gesellschaft, ohne welches ein weiteres Vorankommen in diesem Zusammenhang nicht möglich sein wird.

Da die Kosten für die wirtschaftliche Unterstützung der Regierung enorm sein werden, ist es wichtig sicherzustellen, dass alle Interventionen zum gemeinsamen Nutzen beitragen und dass mittel- und langfristige Nachhaltigkeitsziele nicht untergraben werden. Daher sollten **Konjunkturfonds und Rettungsaktionen auf EU-Ebene konsistent mit dem Europäischen Green Deal** sein, einschließlich seines Klimagesetzes und des CO₂-Grenzausgleichssystems, und in Luxemburg mit dem Nationalen Nachhaltigkeitsplan und dem integrierten Nationalen Energie- und Klimaplan.

Darüber hinaus sollten **nachhaltige Finanzmechanismen** eingesetzt werden, um die Ziele des Europäischen Green Deals besser zu unterstützen und die EU-Politik für nachhaltige Finanzen zu beschleunigen. Ziel soll es sein, die aktuell zur Verfügung gestellten Billionen Euro für zukunftsfähige und nachhaltige Investitionen zu verwenden.

Während der Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU wegen der Covid19-Krise sollten alle Finanzierungsentscheidungen dem Europäischen Green Deal-Investitionsplan angepasst werden.

Das Ausmaß des bevorstehenden Übergangs erfordert eine **gesellschaftliche Zusammenarbeit**. Regierungen sollten sich mit den Stakeholdern und Interessengruppen beraten, um Ideen zu entwickeln, wie auf die Herausforderungen der Covid19-Krise reagiert werden kann. Die Covid19-Krise erfordert ein mehrstufiges Governance-System (von global bis lokal), das auf Transparenz, Schutz der kollektiven und individuellen Rechte und einer angemessenen Einbeziehung der Stakeholder basiert.

Die europäische Forschungsgemeinschaft muss sich besser auf künftige Schocks für Gesellschaften und Volkswirtschaften vorbereiten. Dies ist dann zu erreichen, wenn die Forschung der Zukunfts-Szenarien und -Studien gefördert wird. Horizon Europe, das europäische **Finanzierungsprogramm für Forschung und Innovation** (2021-2027), muss gestärkt werden, so wie auch die **nationale Strategie für Forschung und Innovation**. Die Ergebnisse dieser Forschung - und die Weitergabe dieser Ergebnisse an politische Entscheidungsträger und an die Gesellschaft - sollten dazu beitragen, aktuelle und zukünftige Nachhaltigkeitsherausforderungen erfolgreicher zu bewältigen.

Die europäische Forschungsgemeinschaft ist gut aufgestellt, die Antworten der einzelnen EU-Mitgliedstaaten und europäischen Regionen und Städte auf die Krise zu analysieren und miteinander zu vergleichen. Dieser Vergleich könnte dazu beitragen, **bewährte Verfahren zu ermitteln und Informationen auszutauschen, wie Resilienz in Zukunft gestärkt werden kann**.



Die Krise zeigt wie wichtig es ist, auch auf globaler Ebene, **von anderen Regionen und Ländern, zu lernen und grenzüberschreitend zusammenarbeiten.**

Abschließend

Die Covid19-Pandemie ist eine Tragödie. Wie bei früheren Tragödien hat unsere Gesellschaft die moralische Verpflichtung und Verantwortung, **daraus zu lernen und einen widerstandsfähigeren und nachhaltigeren Weg zu gehen.** Wir stoppen nicht nur die Covid19-Krise, wir müssen eine neue Gesellschaft aufbauen. In diesem Zusammenhang muss die Überwindung der Covid19-Krise zu einer Chance werden, unser Land und Europa in Richtung einer nachhaltigen Transformation zu lenken, im Einklang mit dem Leitmotiv der Agenda 2030 "niemanden zurückzulassen".

